

Abg. Josef Frey GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!
Herzlichen Dank an die Landesregierung für den europapolitischen Bericht. Ich möchte daraus drei Punkte herausgreifen, die mir wichtig scheinen.

Erstens: Es ist bemerkenswert, dass zum wiederholten Mal der Punkt des großen Leistungsbilanzüberschusses Deutschlands thematisiert wird, der bei 7,3 % des BIP liegt und dort auch ausdrücklich als Stabilitätsrisiko genannt wird – und das nicht das erste Mal im europäischen Kontext, sondern wiederholt. Ich denke, da müssen wir uns wirklich weniger abhängig machen von der ausländischen Nachfrage und den eigenen Binnenmarkt stärken. Herr Stratthaus hat es gesagt: Unser Export würde zusammenbrechen, wenn wir die Mark einführen würden. Auch das Land Baden-Württemberg mit seiner hohen Exportrate in die EU wäre da am Boden zerstört. Deswegen muss man hier Vorsichtsmaßnahmen treffen und den Binnenmarkt stärken. Die Bundesregierung muss hier noch nachsitzen.

Zweitens: Das Thema Rechtspopulismus haben wir heute Morgen schon diskutiert. Die Schweiz hat sich da in eine missliche Lage gebracht. Das wird auch im Bericht der Landesregierung erwähnt. Die Masseneinwanderungsinitiative war aber kein Argument gegen plebiszitäre Elemente oder gegen plebiszitäre Demokratien. Diese Argumentation greift zu

kurz. Denn das Problem in der Schweiz ist – das ist bei uns eigentlich ganz ähnlich –, dass die Politik den Bürgerinnen und Bürgern die EU viel zu wenig begreifbar und deutlich gemacht hat. Die Schweiz ist mit über 120 bilateralen Verträgen mit der EU verbunden. Das ist aber den wenigsten Schweizerinnen und Schweizern, auch wenn sie teilweise darüber abgestimmt haben oder in Bündeln abgestimmt haben, bewusst. Mit einem guten Marketing der SVP, dieser rechtspopulistischen Partei, konnte dann dieses Wahlergebnis erzielt werden, weil selbst die, die eigentlich die EU befürworten, gedacht haben: Das findet sowieso keine Mehrheit, und wir bleiben bei dieser Abstimmung daheim.

Aber es ist deutlich von der Landesregierung dargestellt, dass die Freizügigkeit nicht zur Debatte steht und auch für unsere Landesregierung nicht verhandelbar ist, egal, wer diese Unterwanderung versucht, sei es aus dem Ausland oder auch aus inländischen Bestrebungen.

Der dritte Punkt führt zu dem Entschließungsantrag, den die SPD und die Grünen einbringen, weil die Landesregierung deutlich ihre Skepsis zum Thema Freihandelsabkommen USA/EU aufzeigt. Wir legen Ihnen diesen Entschließungsantrag nicht vor, weil wir einer Freihandelszone grundsätzlich entgegenstünden. Aber wenn eine Freihandelszone zu einer Belastungszone

wird, dann müssen wir hier unser subsidiäres Recht wahrnehmen und klar Nein sagen zu dieser Art von Verhandlungen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Dr. Stefan
Fulst-Blei SPD)

Denn es geht ja nicht nur um die Standardabsenkung, sondern es geht auch um einen Angriff auf die Demokratien in Europa, in der EU, wenn es um die weitere Entscheidungsfähigkeit der Demokratien in der Europäischen Union geht. Umweltstandards, Verbraucherschutzstandards, geistige Eigentumsrechte, Lebensmittelsicherheit und Gentechnik, gefährliche Finanzprodukte – über all das soll hinter verschlossenen Türen gesprochen werden. Zum ersten Mal wurden jetzt bei der fünften Verhandlungsrunde auch Dokumente offiziell veröffentlicht, aber es hat erst des starken öffentlichen Protestes der Zivilgesellschaft und einiger Politiker bedurft, damit hier mehr Transparenz erzielt wurde.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Ganz normales Verfahren!)

Da ist noch einiges zu tun.

Selbst wenn dabei aber Standards nicht abgesenkt werden würden, so mauert sich die Demokratie doch ein. Denn die Regeln für unseren europäischen Binnenmarkt müssen demokratisch veränderbar bleiben, ohne dass wir die USA um Erlaubnis fragen müssen, wenn wir später einmal an den Regeln etwas ändern wollen.

Wir Grünen sind entschieden für die Europäische Union, weil nur Europa die Chance bietet, in der Globalisierung starke soziale, ökologische und verbraucherfreundliche Regeln zu erhalten und auszubauen. Die Chance auf ein soziales und ökologisches Europa dürfen wir nicht für ein paar Silberlinge an ein Freihandelsabkommen verkaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Matthias
Pröfrock CDU)

Völlig inakzeptabel sind die Regeln zum Investorenschutz, bei dem Konzerne Staaten auf Schadensersatz verklagen können, wenn sie soziale oder ökologische Regeln verschärfen und so Gewinne mindern. Verhandelt wird das dann außerhalb von normalen Gerichten vor Schiedsgerichten, deren Entscheidungen von Investitionsexperten getroffen werden und nicht anfechtbar sind.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Bei jedem Schiedsverfahren
..... !)



So wird Deutschland zurzeit von Vattenfall auf 3,5 Milliarden € verklagt, die der Atomausstieg Vattenfall kosten würde. Das stellt die Idee von sozialer Marktwirtschaft doch auf den Kopf.

Wir fordern daher einen Stopp der Verhandlungen und ein neues Verhandlungsmandat, das alle demokratiepflichtigen Bereiche aus TTIP herausnimmt. Es ist doch aber völlig unglaubwürdig auch vonseiten der CDU, wenn jetzt Herr Junker mit seiner Fraktion in ~~den~~ großen Mehrheiten Handelsabkommen nach TTIP-Muster zustimmt und gestern Abend sich dann doch wieder kritisch äußert.

folgt 027: Herr Junker mit seiner Fraktion

(Fortsetzung 15:20 Uhr: Abg. Josef Frey GRÜNE)

Herr Juncker und seine EVP-Fraktion stimmten für das Verhandlungsmandat zu TTIP inklusive Investorschutzklagen und Geheimhaltung während des Verhandlungsprozesses. Sie begleiteten die Investorschutzklagen gemeinsam mit der Bundesregierung problemlos bei den ausverhandelten EU-Kanada- und EU-Singapur-Abkommen. Die ganzen fünf Jahre über war die Handelspolitik unter den Proeuropäern im Europaparlament umstritten. Konservative und Liberale waren nicht nur im Europaparlament immer wieder bereit, Umwelt- und Sozialstandards stärker dem Handel unterzuordnen. Diese Wendehalspolitik, meine Damen und Herren, schadet Ihrer Glaubwürdigkeit und macht die Bürgerinnen und Bürger berechtigterweise misstrauisch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Mit diesem Entschließungsantrag soll die Landesregierung gestärkt werden, um auf Bundesebene eine Kurskorrektur bei der Haltung der Bundesregierung zu TTIP zu erzielen. Jeder Punkt des Freihandelsabkommens muss in den USA mit dem Kongress einzeln abgestimmt und in der EU von jedem Mitgliedsstaat

angenommen werden.

Im Lichte des Subsidiaritätsprinzips bin ich zuversichtlich, dass unsere Landesregierung den Willen dieses, unseres Parlaments im Bundesrat vertritt und die bisher bekannten Inhalte des Abkommens so nicht akzeptieren wird.

Ich bitte Sie um Unterstützung für diesen Entschließungsantrag, über den nachher abgestimmt wird.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Haller-Haid.

(Beifall des Abg. Peter Hofelich SPD)